Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

9.3.1864 (No. 58)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 9. März.

Nr. 58. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

△ **Dresden,** 8. März. Das „Dresden. Journ." bringt ein Telegramm aus Altona, wornach gestern bei Düppel ein Kampf stattgefunden hat, wobei es 500 bis 600 Verwundete gab; Aerzte wurden telegraphisch von Rendsburg requirirt. Das Resultat des Kampfes ist unbekannt.

† **Hannover,** 8. März. Die Erste Kammer hat die Adresse der Schleswig-Holstein-Kommission mit allen gegen 3 Stimmen genehmigt. Der Minister Hammerstein hatte einmüthige Annahme empfohlen.

Hamburg, 7. März. (Presse.) Die Kopenhagener Post vom 5. meldet die Einschiffung jener Garderegimenter, die seiner Zeit die Schlacht bei Idstedt mitgemacht. Es herrscht in Kopenhagen kriegerischer Enthusiasmus; Ministerkrise besteht nicht. Aus Jütland von Samstag früh wird der Grenzübertritt offiziell angezeigt.

†† **Hamburg,** 8. März. Die „Germania" hat glücklich Southampton erreicht.

Altona, 7. März. (W. T.-B.) Gestern landeten 20 dänische Soldaten und 2 Offiziere an dem holsteinischen Flecken Heiligenhafen, vermuthlich Rekognoszirungs halber.

△* **Hadersleben,** 7. März. In Kolding werden Lazarethe eingerichtet. Leichte Erkrankte werden südwärts nach Flensburg befördert.

Stockholm, 8. März. (W. T.-B.) Die „Reichszeitung" meldet gerüchtweise beschleunigte Rüstungen und Truppenkonzentration. Gestern fand eine sehr besuchte Volksversammlung statt, welche die Regierung zur Dänenhilfe auffordert.

Paris, 8. März. (S. M.) Der „Moniteur" meldet, daß der Kaiser das Schiedsrichteramt in dem Streit zwischen dem Vizekönig von Egypten und der Gesellschaft des Suezkanals übernommen und eine Kommission ernannt hat, mit dem Auftrag, die Streitfragen zu prüfen. — Aus Athen werden ministerielle Veränderungen gemeldet. Das Studenten-Freikorps hat Unruhen verursacht.

London, 8. März. (Sch. M.) Im Hause der Lords kündigte gestern Abend Graf Derby an, daß er morgen, ohne eine Diskussion anzuregen, die Vorlage weiterer dänischer Aktenstücke beantragen werde. — Im Unterhause verlangte Disraeli Auskunft über den Vormarsch der Preußen und Oesterreicher in Jütland, und fragte, was die Ansicht der Regierung darüber sei. Lord Palmerston erwiederte: Die Nachrichten seien widersprechend, eine bestimmte Antwort unmöglich. Als Gründe für den Einmarsch werden theils strategische Rücksichten angegeben, die Besetzung von Kolding und Einnahme von Friedericia sei nothwendig für den Schutz der deutschen Truppen, theils soll es eine Vergeltung für die Wegnahme deutscher Schiffe durch die Dänen sein. Die Ansicht der Regierung sei: Angesichts der dänischen Vorsätze zur Nachgiebigkeit (!!) sei ein Feldzug überflüssig gewesen, der Einmarsch in Jütland sei somit eine Erschwerung des Unrechts. Alle Operationen jenseits der Eider seien ein Angriff auf die Integrität Dänemarks und eine ungerechtfertigte Gewaltthat. Auf eine Anfrage Dalish's erwiederte Lord Palmerston: Der Deutsche Bund sei zu der zuerst vorgeschlagenen Konferenz eingeladen worden, nicht zu der zweiten, die ohne Waffenstillstand hätte zusammenkommen sollen, weil England zuerst die (bekanntlich ablehnende) dänische Antwort abwarten wollte.

Deutschland.

Frankfurt, 7. März. Der vom Großherzogthum Hessen in der Bundestags-Sitzung vom 3. d. eingebrachte Antrag lautet nach der „Darmst. Ztg.":

Hohe Bundesversammlung wolle zum Zweck der Herstellung einer einheitlichen, sowohl Holstein als Schleswig umfassenden Aktion, wie solche zumal dem neueren kriegerischen Vorgehen Dänemarks gegenüber gefordert wird, unter fortwährender Offenhaltung der Erbfolge-Frage beschließen: 1) Daß zur Theilnahme an der von Oesterreich und Preußen bereits theilweise vollzogenen Besetzung Schleswigs im Einverständnisse mit den Regierungen von Oesterreich und Preußen eine angemessene Truppenzahl unter vorzugsweiser Berücksichtigung der das 7., 8., 9. und 10. Armeekorps bildenden Kontingente zu entsenden und dem Oberbefehlshaber der österreichisch-preußischen Streitkräfte unterzuordnen sei; 2) daß das in Holstein bereits befindliche Korps von Exekutionstruppen ebenfalls durch Bundestruppen einschließlich der so eben erwähnten Kontingente angemessen zu verstärken sei, und daß der Oberbefehl über dieses so verstärkte Korps an den Oberbefehlshaber der österreichisch-preußischen Streitkräfte überzugehen habe; die Bundesversammlung wolle ferner 3) die Bestellung zweier weiterer Zivilkommissäre für Holstein von Seiten Oesterreichs und Preußens unter der Voraussetzung genehmigen, daß auch die Zivilverwaltung Schleswigs durch Vertretung derjenigen Regierungen, welche zufolge Ziffer 1 Truppen nach Schleswig senden werden, entsprechend erweitert werde; 4) den Militärausschuß beauftragen, schleunigst die erforderlichen näheren Anordnungen zur Ausführung vorstehender Beschlüsse in Vorschlag zu bringen.

Stuttgart, 7. März. (A. Z.) Die Kammern sind auf unbestimmte Zeit vertagt. Die Eisenbahn-Vorlagen sind nicht eingekommen. Die Sulzer Wahl ist für ungiltig erklärt.

München, 5. März. (B. Bl.) Mit Bestimmtheit wird versichert, daß der heute Morgen hier eingetroffene Erzherzog Albrecht mit einer Sendung politisch-militärischer Natur betraut sei. Die beiden Begleiter des Erzherzogs, der F.M.L. v. Grünthal, und der Major v. Hennig begaben sich denn auch heute Vormittag wenige Stunden nach ihrer Ankunft zu dem Generalleutnant v. d. Tann und hatten mit demselben eine Unterredung. Frhr. v. Schrenk machte diesen Nachmittag dem Erzherzog seine Aufwartung.

Düsseldorf, 5. März. Gegen den Abgeordneten Landgerichts-Rath Groote ist wegen des Berichts, den er in der Wählerversammlung von der Wirksamkeit des Abgeordnetenhauses abgestattet, Disziplinaruntersuchung eingeleitet und Suspension vom Amt bereits erfolgt.

Dresden, 6. März. Ueber die Stellung Sachsens zur preußischen Handelspolitik äußert sich das offiziöse „Dresd. Journal" folgendermaßen:

Sachsen hat sich seit langer Zeit schon, namentlich aber seit dem ersten Beginn der Verhandlungen über den französischen Handelsvertrag, eng an die preußische Handelspolitik angeschlossen; es hat den Handelsvertrag angenommen, obschon seine billigsten Wünsche, sogar solche, deren Erfüllung es im voraus als Bedingung seines Beitritts hingestellt hatte, von Preußen nicht berücksichtigt worden waren; es hat an der preußischen Handelspolitik seitdem unerschütterlich festgehalten, obgleich es sich dadurch von seinen besten und zuverlässigsten Freunden entfernte; es thut dies auch heute noch, ungeachtet der dazwischen gekommenen tiefen politischen Störungen.

Hamburg, 6. März. Offizielle Berichte aus Kopenhagen melden, daß seit gestern auch Oesterreicher vor den Düppeler Schanzen stehen, und daß der Angriff unmittelbar bevorsteht.

Friedrichsort, 5. März. Vier schwere Geschütze von Friedrichsort, eiligst von hier nach Düppel beordert, gingen heute per Bahn nach dem Norden.

Flensburg, 5. März. Die „Flensb. Ztg." schreibt: Die preußischen Schanzarbeiten sind neuestens rascher vorgeschritten, einige Parallelen und Laufgräben sind schon fertig, eine Schanze ist dem Hauptpunkte gegenüber aufgeworfen. Die Entfernung der äußersten Batterien von der dänischen Angriffsfronte beträgt 2000 Ellen. Die Dänen arbeiten unausgesetzt an der Verstärkung der Schanzen; sie legen auf der andern Seite von Alssund neue Strandbatterien an, um jeder Umgehung vorzubeugen. Auf der Insel Fanö, zwischen Fyen und Friedericia, Stenderup gegenüber, legen sie Strandbatterien an, wahrscheinlich um Friedericia gegen einen Flankenangriff zu schützen. Die dänischen Kriegsschiffe durchstreifen unablässig die Gewässer zwischen Friedericia und Sonderburg. Beiderseits finden ernstliche Rüstungen zum Kampfe statt. Nach der Ansicht Sachkundiger wird der Kampf preußischer Seits nicht vor Mitte März begonnen werden können. Die Dänen scheinen sich ruhig in der Defensive verhalten zu wollen. — Der „Hamb. Börs.-Hlle." schreibt man: Die Witterung ist schön. Das schwere Geschütz fehlt noch. Es kommen hier fortwährend Pontonabtheilungen durch. Die Preußen arbeiten Tag und Nacht an den Deckungswällen der Artillerie; die Laufgräben sind eine halbe Stunde von den feindlichen Schanzen. Den hiesigen Fischern ist der Fischereibetrieb wieder erlaubt. Bei der hiesigen Gelehrten- und Realschule, eine der wichtigsten Bildungsanstalten des Landes, sind sämmtliche Lehrer, ausgenommen 3, entlassen; nächstens wird eine Purifikation der Prediger stattfinden.

Endlich ist auch die Purifizirung des Lehrerstandes an der Schule erfolgt und sämmtliche Dänen, die den alten Anforderungen, Biennium in Kiel 2c., nicht entsprechen, abgesetzt worden. Rektor Simesen wird heute Flensburg verlassen. — Heute brachte eine Deputation aus Husum den Zivilkommissaren eine Dankadresse mit mehr als 2000 Unterschriften für die Bestätigung des Hrn. Thomsen-Oldensworth.

— In Flensburg ist am 6. d. ein Theil des erwarteten schweren Belagerungsgeschützes eingetroffen und sogleich nach Düppel zu weiter befördert worden. Nach der „Volksztg." ist in Flensburg der Befehl zur Errichtung von 2500 neuen Lazarethbetten eingetroffen, was man als Vorbote zu erwartender Kämpfe ansieht.

Hadersleben, 5. März. Wie man der „Südd. Ztg." schreibt, wären die Preußen heute früh 7 Uhr weiter nach Jütland vorgegangen. — Der Unfall, daß am 1. d. eine kleine Anzahl preußischer Husaren auf jütischem Boden in dänische Gefangenschaft gerieth, wird von verschiedener Seite übereinstimmend einigen Bauern zur Last gelegt, welche die Preußen irre geführt und gleichsam den Dänen in die Hände geliefert hätten. Einer oder der andere dieser Bauern wurde heute mit 3 dänischen Dragonern gefangen hier eingebracht. Die Sache bedarf jedoch um so mehr der Bestätigung, als der amtliche Bericht davon nichts meldet.

Alnoer, 3. März. Der „Köln. Ztg." wird von hier geschrieben: Von den Batterien wandten wir uns, in Eckensund einen Wagen nehmend und der Straße nach Broacker folgend, über Schottsbüll und Broacker nach Dünt, der äußersten Vorpostenstellung auf dem rechten Flügel. Einige Tausend Schritte von dem Dorfe östlich, auf einer Erdklippe dicht über dem Wenningbund, ist ein Observationsposten der Pioniere aufgestellt. Es ist daselbst eine Art von Höhle eingerichtet, auf deren innerer Crête, oder in deren Scharte ein vorzügliches Fernglas befestigt ist, durch welches man nicht allein alle maritimen Bewegungen der Dänen zu kontroliren im Stande ist, sondern nicht weniger als fünf der Düppeler Schanzen einsehen kann. Mit ihrer Pallisadenreihe zum Wasser herunter reichend, liegt Nr. 1, der Böschung der ansteigenden Höhe folgend die übrigen. Facen- und Flankenlänge kann man genau nach der Schrittzahl der auf den Wällen postirten Schildwachen berechnen. Das Commandement scheint auch hier wie bei der Dannewerkstellung sehr bedeutend, die Armirung, nach den frei zu sehenden Stücken zu schließen, schweres Schiffskaliber (84-Pfünder). Die Dänen schanzen noch immer, an der äußern Wallböschung von Nr. 1 bemerkt man Schafaudagen. Aber auch vor der Stellung, nahe dem abgebrannten Bielhoi, werfen sie Contrebatterien gegen die von den Preußen nahe der Büsselkoppel erbauten auf. Von der Observationsklippe erkennt man auch mit bloßen Augen die Mühlen und einzelne Häuser von Sonderburg. Auf der Rhede ankert ein Linienschiff oder eine große Fregatte, näher den Schanzen ein Schraubensteamer, kleinere Dampfboote kommen und gehen beständig, Post- und Transportdienst verrichtend.

Kolding, 4. März. (N. Pr. Ztg.) Gestern hat der Kommandeur der kombinirten preußischen Gardedivision, General v. d. Mülbe, sein Hauptquartier von Christiansfeld nach Kolding verlegt. Die Brüdergemeinde sah ihn ungern scheiden. Man deutet diese Translozirung als ersten Schritt zum Vorrücken gegen Friedericia. Die Soldaten lechzen nach dem Kampf.

Berlin, 7. März. Dem „Staatsanzeig." zufolge wurde unter dem 29. v. Mts. von dem dänischen Generalleutnant v. Hegermann-Lindencron das nachstehende Schreiben an den Feldmarschall v. Wrangel bei den Vorposten der k. preußischen kombinirten Garde-Infanteriedivision durch einen dänischen Generalstabsoffizier abgegeben:

Ew. Excellenz! Im Auftrage meiner allerhöchsten königl. Regierung gebe ich mir die Ehre, Ew. Excellenz Aufmerksamkeit darauf hinzulenken, daß die von den vereinigten königl. preußischen und kaiserl. österreichischen Truppen besetzte und mit Requisitionen beschwerte Stadt Kolding, sowie die Dörfer Seest, Hjarup mit mehreren, nördlicher liegenden Dörfern und Landdistrikten, innerhalb der Grenzen Jütlands liegen. Ich ersuche Ew. Excellenz, mich mit einer gefälligen Antwort zu beehren, woraus hervorgehen dürfte, daß ich Ihnen, dem erhaltenen Auftrage gemäß, diese Mittheilung gemacht habe. Ich ergreife diese Gelegenheit, um Ew. Excellenz meine allergrößte Hochachtung auszusprechen, indem ich die Ehre habe, mich zu zeichnen Ew. Excellenz ganz gehorsamster gez. v. Hegermann-Lindencron, Generalleutnant. — Das Hauptquartier des k. dänischen Armeekorps in Jütland, den 29. Februar 1864.

Der Feldmarschall hat hierauf das nachstehende Antwortschreiben erlassen:

Ew. Excellenz erwiedere ich auf das geehrte Schreiben vom 29. Febr. c. ergebenst, daß die Stadt Kolding und einige benachbarte Dörfer südlich der Koldingau von den diesseitigen Vorposten zur Deckung der in Nord-Schleswig stehenden Okkupationstruppen einstweilen besetzt worden sind. Zur reglementsmäßigen Naturalverpflegung der auf jütischem Boden einquartierten Truppen gehen die Requisitionen an den Hardesvogt von Kolding, welchem demgemäß anheimgestellt ist, nach welchem Modus er die Landgemeinden Jütlands zu den Lieferungen heranzieht. Falls Ew. Excellenz Werth darauf legen, die Bewohner Jütlands von diesen Lasten befreit zu sehen, was auch mein Wunsch ist, so würde zunächst königl. dänischer Seits die Kaperei deutscher Handelsschiffe auf offener See in Wegfall kommen müssen. Indem ich eine bezügliche Mittheilung an die königl. dänische Regierung ergebenst anheimstelle, habe ich die Ehre, mich mit vorzüglichster Hochachtung zu zeichnen. — Hauptquartier Hadersleben, den 2. März 1864. (gez.) v. Wrangel, General-Feldmarschall und Oberbefehlshaber der alliirten kaiserl. österreichischen und königl. preußischen Armee.

Dieser Brief ist am 2. d. M. durch den Hauptmann Grafen Hardenberg persönlich an den Generalleutnant v. Hegermann-Lindencron in dessen Hauptquartier Peterholm übergeben worden. Eine weitere Antwort ist hierauf noch nicht erfolgt.

Man schreibt der „Kreuz-Ztg." aus Paris:

In diesem Augenblick sind die Unterhandlungen in Betreff einer Konferenz suspendirt. Das dänische Kabinet hat neuerdings dem französischen Gouvernement eröffnet, daß es fest entschlossen sei, sich auf keine Unterhandlungen einzulassen, deren Basis die Personalunion sein solle. Es ziehe vor, sich die Herzogthümer mit Gewalt entreißen zu lassen, von spätern Konjunkturen die Möglichkeit einer Wiedereroberung erwartend. In unseren (Paris) höheren offiziellen Kreisen glaubt man übrigens nicht mehr an die Möglichkeit eines Kompro-

misses; die Sachen seien zu verwickelt, und Frankreich werde nicht umhin können, sich einzumischen.

** **Berlin,** 7. März. Heute Abend wird der Generaladjutant v. Manteuffel von seiner außerordentlichen Mission aus Wien hier wieder eintreffen. Derselbe hat seinen Weg über Dresden genommen. Die Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich über das gemeinsame weitere Vorgehen beider Mächte gegen Dänemark soll in umfassender Weise erfolgt sein. — Dieser Tage wird hier ein Blokade- und Prisen-Reglement erscheinen. Auch spricht man von einer Diversion preußischer Kriegsschiffe nach den dänischen Inseln. Auf der Fahrt von Wittenberg nach Schleswig passirten gestern Abend und heute Nachmittag drei Munitionskolonnen der 3. Artilleriebrigade durch Berlin.

Köslin, 4. März. Wie der „N. St. Z." mitgetheilt wird, soll die gegen den Major a. D. Beitzke eingeleitete Untersuchung wegen Verletzung der Ehrfurcht gegen den König von dem Militärgericht wegen Mangels genügender Beweise wieder aufgehoben sein.

Wien, 5. März. Die „Wiener Ztg." bringt die Ernennungen für den Unterrichtsrath, dessen erste Plenarsitzung am 5. stattfinden sollte; derselbe zerfällt in neun Sektionen: für die theologische, die juridische, die medizinische und philosophische Fakultät, die evangelisch-theologischen Lehranstalten, die Gymnasien, die höheren technischen Lehranstalten, Real- und Fachschulen, die Kunstakademien und Kunstschulen und die Volksschulen. Von Namen, die außerhalb Oesterreichs einen Ruf haben, weist das Mitgliederverzeichniß folgende auf: Prof. Dr. Hyrtl, Prof. Dr. Miklosich, Prof. Dr. v. Littrow, Oberbaurath Prof. van der Nüll in Wien; Prof. Dr. Herbst und Prof. Dr. Stein in Prag, und Bischof Dr. Haas in Szathmar.

Wien, 6. März. (Fr. P.-Ztg.) Dem Vernehmen nach wird noch heute an die Repräsentanten Oesterreichs an den Höfen der Londoner Konferenz eine Depesche abgehen, welche, zur Kenntnißnahme der betreffenden Regierungen bestimmt, den Beschluß, in Gemeinschaft mit Preußen die militärische Aktion gegen Dänemark nach Jütland hinein zu tragen, ankündigt und motivirt, und zwar mit dem bestimmten Beifügen, daß damit die politischen Ziele der bisherigen beschränkten Aktion weder verrückt, noch erweitert werden würden. Von preußischer Seite wird ohne Zweifel eine ähnliche Kundgebung zu erwarten sein. Gleichzeitig dürfte dieser Beschluß von beiden Großmächten den übrigen deutschen Bundesregierungen in formeller Weise bekannt gegeben und auf Grund des dadurch geschaffenen gesteigerten Ernstes der Situation der Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die Bundesversammlung dem letzthin von Oesterreich und Preußen gestellten Antrag, nach nochmaliger reiflicher Erwägung der politischen Gesammtlage, nunmehr ihre Zustimmung nicht vorenthalten werde. Vielleicht daß man dabei auch durchblicken läßt, daß die Annahme jenes Antrags eine direkte Betheiligung des Bundes an dem Krieg zu vermitteln geeignet sei.

Oesterreichische Monarchie.

Krakau, 6. März. (Presse.) Eine heute erschienene Kundmachung des Militärkommandanten für Westgalizien, F.M.L. v. Bamberg, vom 5. März schreibt vor, daß die Hauseigenthümer alle Einwohner ihrer Häuser ausnahmslos bis zum bestimmten Termin zu melden haben, widrigenfalls die Säumigen mit einer Geldbuße bis 300 fl. oder mit Arreststrafe bis zwei Monate bestraft werden. Ferner ordnet der Militärkommandant an, daß alle Ausländer, die sich hier aufhalten, und die bereits Reisescheine oder visirte Pässe erhalten, oder unangemeldet betreten werden, unnachsichtlich in ihre Heimathsländer abgeschafft werden.

Frankreich.

♁ **Paris,** 7. März. Der „Patrie" zufolge hat Hr. Drouyn de Lhuys ein neues Rundschreiben, den dänisch-deutschen Konflikt betreffend, an die französischen Agenten im Auslande gerichtet. Dasselbe enthält die historische Darlegung der Verhandlungen, zu welchen der zweite englische Konferenzvorschlag Anlaß gab, sowie die Gründe, insbesondere die vom Kopenhagener Hofe gemachten Einwürfe, welchen der Mißerfolg der deßfallsigen Unterhandlungen zuzuschreiben ist. — Die „France" zieht die Mittheilung von Konzentrirung der russischen Garde an der polnisch-preußischen Grenze in Zweifel.

Was den Erzherzog Maximilian und seine Gemahlin betrifft, so mag bemerkt werden, daß sie gestern mit dem Kaiser und der Kaiserin in dem Boulogner Wald spazieren fuhren, daß sie der ersten Aufführung des Stücks „l'ami des femmes" von Alex. Dumas Sohn beiwohnten — eines Stücks, welches, nebenbei gesagt, nicht gefiel —, daß gestern in den Tuilerien großes Diner nebst Marionettentheater war, daß der Erzherzog heute die in Paris befindlichen Oesterreicher von Auszeichnung, und die mexikanischen Notabilitäten empfing, und daß er heute Abend der Vorstellung des „Marquis de Villemer" im Odeontheater anwohnen wird. — Wie man versichert, hat die Regierung darauf verzichtet, für die beiden Pariser Wahlbezirke offizielle Kandidaten aufzustellen. Die Stimmen der Opposition scheinen sich im 1. Bezirk mehr und mehr auf Carnot und Pinard, Direktor der Escomptebank, und im 5. auf Tolain, Kandidaten der Arbeiter, und Garnier Pagès zu konzentriren. Carnot und Garnier Pagès dürften die meiste Aussicht haben. — Samstag fand zu Bordeaux die feierliche Einsetzung des neuen Bischofs statt.

Die Börse war heute außerordentlich flau. Einerseits kamen die englischen Consols zweimal nacheinander ⅛ schlechter, anderseits sieht man in der Ernennung eines neuen Generalsekretärs im Finanzministerium ein Anzeichen für den vermeintlichen Rücktritt des Hrn. Fould, welcher neuen Anlehen u. dgl. aus dem Wege gehe. Die Rente, deren Zinsabschnitt von 75 Cent. am 15. fällig ist, fiel auf 66.10, Mob. auf 1022.50, ital. Anl. auf 67.15. Erst in den letzten Minuten wurden die Kurse behufs der Schlußnotirungen etwas gehoben.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 6. März. Die Dekrete wegen Regulirung der polnischen Bauernfrage sind heute erschienen. Es sind vier an der Zahl: 1) Mittelst einer Grundsteuer werden die Bauern Eigenthümer des Grundes und Bodens, den sie bisher in Nutznießung gehabt; alle bisherigen Frohnschuldigkeiten hören auf, die Grundbesitzer erhalten eine angemessene Entschädigung; 2) die Patrimonialgerichtsbarkeit hört auf, ländliche Gemeinden werden gebildet und Wahlversammlungen von bäuerlichen Grundbesitzern formirt; 3) die Entschädigung der adeligen Gutsbesitzer erfolgt durch 5prozentige Rentenbriefe, welche mit der den Bauern aufgelegten Grundsteuer und mit dem Verkauf gewisser Staatsdomänen amortisirt werden sollen; 4) die Ausführung obiger Maßregeln besorgt ein Komitee, welches in Warschau unter dem Präsidium des Statthalters seinen Sitz hat.

Großbritannien.

London, 4. März. Gestern hätte die Regierung im Hause der Gemeinen um ein Haar eine Niederlage erlitten. Der Gegenstand des Kampfes, bei dem eine einzige Stimme den Ausschlag gab, war ein ziemlich geringfügiger. Die Regierung will, um 46,000 Pf. Sterl. zu sparen, die Geomanry, die berittene Miliz, in diesem Jahre nicht zu den sechstägigen Uebungen einberufen, und die Opposition hielt diese Sparsamkeit für übel angebracht, oder stellte sich gestern doch wenigstens so. Eine das Verhalten der Regierung in der erwähnten Angelegenheit tadelnde Resolution des Obersten Edwards ward mit 158 gegen 157 Stimmen verworfen. Hätte es sich um eine wichtigere Sache gehandelt, so wäre ein ähnliches Resultat recht bedauerlich für die Regierung gewesen.

London, 5. März. Ueber das Ministerium und die Opposition schreibt heute die „Saturday Review":

Ein Ministerwechsel ist jederzeit eine sehr ernsthafte Sache und würde jetzt, wo so viele Wolken sowohl über der neuen wie über der alten Welt hängen, noch ernsthafter als gewöhnlich sein. Nun trifft es sich so, daß gerade die ausnärtige Politik die schwächste Seite der englischen Konservativen ist. Es würde ihnen entweder die offenbare Unfähigkeit Lord Malmesbury's oder das tiefe Mißtrauen im Wege stehen, welches der Charakter Disraeli's nicht nur dem Parlament und Lande, sondern auch der konservativen Partei selbst einflößt. Dabei läßt sich nicht läugnen, daß, so sehr auch Lord Derby von der Nothwendigkeit durchdrungen sein mag, in unserer gegenwärtigen neutralen Haltung zu verharren, allgemein das Gefühl herrschen würde, wir könnten unter einer konservativen Regierung leichter in einen Krieg verwickelt werden, als unter der jetzigen, und daß schon diese bloße Befürchtung an und für sich ein Uebel ist.

Bei der auf den nächsten Donnerstag den 10. März angesetzten Taufe des Sohnes des Prinzen von Wales werden die Königin, der König der Belgier, der Herzog von Cambridge, die Herzogin von Cambridge, die Prinzessin Marie und die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz zugegen sein, während auf die früherhin erwartete Herüberkunft der Königin von Dänemark und ihrer Tochter unter den obwaltenden Verhältnissen wohl nicht mehr zu rechnen ist. Außerdem sind die Mitglieder des Kabinets und die hohen Würdenträger des Staates zu der Zeremonie eingeladen worden. Die Taufe findet im Buckingham-Pallaste statt.

* **London,** 5. März. (Aus der letzten Lieferung des deutsch-dänischen Blaubuchs.) Charakteristisch ist eine Depesche von Earl Russell an Sir A. Malet vom 22. Dez.: Mit Bezug auf Ihre Depesche vom 19., worin Sie bemerken, daß jene Personen, die im Gespräch über den Londoner Vertrag von 1852 sich des Ausdrucks „Londoner Protokoll" bedienen, dies absichtlich thun und mit der Absicht, den Werth jenes Akts zu verkleinern, habe ich Ihnen die Weisung zu ertheilen, so oft eine amtliche Person im Laufe der Unterredung sich des Ausdrucks „Londoner Protokoll" für Vertrag von 1852 bedienen oder Se. Maj. Christian IX „Protokoll-Prinz" nennen sollte, den Sprecher zu unterbrechen und zu berichtigen. Sie werden es auch sorgfältig vermeiden, jene beiden Ausdrücke in Ihren Depeschen zu gebrauchen.

Eine Depesche von Sir A. Buchanan an Earl Russell aus Berlin, den 26. Dez. ist nur im Auszuge mitgetheilt. Sir A. Buchanan berichtet darin über eine Besprechung mit Hrn. v. Bismarck: ..Ich sagte, ich habe mit Vergnügen erfahren, daß einige Maßregeln getroffen werden sollten, um den konservativen Einfluß der Bundesbehörden [in Holstein] entschieden hervortreten zu lassen; aber wenn die Offiziere ihren Regiments-Musikbanden erlaubten, die revolutionären Melodien des aufgeregten Volks [d. h. „Schleswig-Holstein meerumschlungen"] zu spielen, unter welchem es ihre Pflicht sei, aufständische Kundgebungen zu verhindern, so könne ihr Wunsch, den Bewegungen zu Gunsten des Prinzen von Augustenburg entgegenzutreten, kein sehr entschiedener sein. Es sei wünschenswerth, sagte ich, daß der Marsch der Bundestruppen gegen Norden zu nicht zu geschwind sei, damit Zeit zu einem Systemwechsel in Kopenhagen gelassen werde, bevor wegen des Besitzes der Brückenköpfe von Rendsburg und Friedrichsstadt sich eine Frage zwischen den dänischen und Bundestruppen erheben könne. Hr. v. Bismarck erwiederte, daß die Bundestruppen nicht per Eisenbahn befördert werden würden, und daß der lange Marsch genügende Sicherheit gegen einen sofortigen Zusammenstoß an jenen Orten bieten würde; und daß, ehe ein Angriff auf jene Punkte erfolgen könnte, Befehle aus Frankfurt eingeholt und vielleicht auch Kanonen zum Brescheschießen bestellt werden müßten. Ich sagte, in einem Fall solcher Art sollte man sich nicht auf die Garantien des Zufalls verlassen u. s. w. Im weitern Verlauf der Depesche theilt Sir A. Buchanan mit, was er von wohlunterrichteten Personen über die Stimmung in Holstein vernommen hat. Er konstatirt, daß der eingewurzelte Wunsch nach Vereinigung mit Schleswig die Haupttriebfeder der Bewegung sei, und schließt mit der vermittelnden Bemerkung: Die administrative Vereinigung des südlichen Theils von Schleswig mit Holstein — wenn das erstere nicht in den Deutschen Bund aufgenommen wird, so daß Kiel nach wie vor ein dänischer Kriegshafen bliebe, weil die westliche Seite der Einfahrt im Gebiete von Schleswig liegt — scheint mir eine Kombination, gegen welche Dänemark billiger Weise nichts einzuwenden haben sollte.

Am 28. Dez. schreibt Earl Russell an Lord Cowley: Nichts ist verwickelter oder fruchtbarer an Verlegenheiten als die schleswig-holsteinische Frage, wenn man sie in ihren Einzelheiten untersucht. Es gibt keine undankbarere Arbeit, als die langen und dunklen Depeschen zu lesen, in denen sich der Sinn hinter einer Masse von Worten versteckt. Eine breitere und allgemeinere Auffassung der Frage würde vielleicht zu einer richtigern Würdigung der Thatsachen führen, und möglicher Weise einen Faden liefern, mit dessen Hilfe wir aus dem dunkeln Irrgarten ins offene Tageslicht entrinnen könnten. Als das Königreich Dänemark eine unumschränkte Monarchie war, da war der König, wenn despotisch, doch unparteiisch. Fand er einen fähigen deutschen Staatsmann in Holstein, so machte er ihn zu seinem Minister; wenn Dänen und Deutsche in Schleswig haderten, so zeigte er nicht etwa, daß er dem einen Theil den Vorzug vor dem andern gab. Aber diese Beziehungen änderten sich vollständig, als freie Institutionen gewährt wurden und die in Kopenhagen vorherrschende Nationalität mit Kraft und Ausschließlichkeit die ganze Verwaltung der Monarchie durchdrang. Seit jener Zeit gibt es nichts als Streitigkeiten, Beschwerden, Einmischungen in die innere Regierung Dänemarks, Protokolle, Abmachungen, die jeder Theil nach seiner eigenen Weise auslegt, und zuweilen bewaffnete Feindseligkeiten. Und doch gibt es zwei Prinzipien, die, fest im Auge behalten, den Streit aufhellen und einen Krieg verhindern könnten. Das eine Prinzip ist jenes, welches die Unterzeichner des Londoner Vertrages aufgestellt haben: „daß die Aufrechthaltung der Integrität der dänischen Monarchie, die mit den allgemeinen Interessen des Gleichgewichts der Macht zusammenhängt, von hoher Wichtigkeit für die Erhaltung des Friedens ist." Das andere Prinzip ist ein aus der Erfahrung der letzten 15 Jahre abgeleitetes Corollan. Es besteht darin: „daß die deutschen Bewohner der unter dem Szepter des Königs von Dänemark stehenden Staaten und Lande sowohl durch die eingeführten Institutionen wie durch die vom König mit Handhabung der Institutionen betrauten Männer reichliche Sicherheit für eine gerechte und unparteiische Regierung erhalten sollen." Dies scheint der Zweck der deutsch-dänischen Unterhandlungen von 1851—52 gewesen zu sein. Diese Zwecke sind unglücklicher Weise noch nicht erreicht, aber wenn jene Prinzipien allseitig zugegeben würden, so wäre doch wenigstens ein Schritt zu einer friedlichen und endgiltigen Lösung gethan. Ihre Excellenz haben die Weisung, diese Depesche Hrn. Drouyn de Lhuys vorzulesen und ihm eine Abschrift derselben zu geben.

Aehnliche Depeschen sandte Lord Russell an Lord Napier in St. Petersburg, an Hrn. Jerningham in Stockholm, an Sir A. Buchanan in Berlin, an Lord Bloomfield in Wien, und an Lord Wodehouse in Kopenhagen ab.

Am 31. Dez. macht Earl Russell einen genauer formulirten Vermittlungsversuch. Er schlägt nämlich eine Konferenz mit Status quo vor. Die Depesche, welche diesen Vorschlag enthält, ist an Sir A. Malet in Frankfurt und alle andern diplomatischen Vertreter Englands im Ausland gerichtet. In der Motivirung hebt Earl Russell hervor, daß ja der König von Geburt ein deutscher Prinz sei, und daß daher seine natürliche Neigung, seine deutschen Unterthanen eben so liberal wie seine dänischen zu behandeln, nicht in Frage gestellt werden könne... Ferner, daß Hr. Hall sich zwar auf einen falschen Standpunkt gestellt habe, daß aber seine allgemeinen Raisonnements viel Wahres enthielten. Dänemark habe ein Recht, zu erfahren, wo die Grenze der deutschen Forderungen sei... Es komme verhältnißmäßig wenig darauf an, ob in Schleswig oder Holstein ein Prinz aus dem Hause Glücksburg oder Augustenburg herrsche u. s. w. Der Vorschlag selbst lautet kurz dahin: 1) Daß eine Konferenz der Mächte, die den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, mit Zuziehung eines Gesandten vom deutschen Bundestag, entweder in London oder Paris sitze, um über die deutsch-dänischen Zerwürfnisse zu verhandeln; 2) daß der Status quo aufrecht erhalten bleibe, bis die Konferenz ihre Arbeiten beendigt hat.

Wie Lord Bloomfield am 31. Dez. aus Wien schreibt, hatte der französische Gesandte, der Herzog v. Grammont, dem Grafen Rechberg wegen der Anwesenheit des Prinzen von Augustenburg in Kiel Vorstellungen gemacht. Graf Rechberg erwiederte, daß Oesterreich und Preußen über jene Anwesenheit genau so wie England und Frankreich dächten und beim Bund auf seine Entfernung dringen würden. Auf die Frage Lord Bloomfield's: „Und wenn der Bund den Vorschlägen Wiens und Berlins kein Gehör geben will?" habe Graf Rechberg geantwortet: „Wir müssen den Prinzen mit Gewalt fortschaffen lassen, wenn er einer Aufforderung, die Herzogthümer zu verlassen, nicht nachgibt."

An demselben Tage, wo Earl Russell seinen Konferenzvorschlag absendet, am 31. Dez., schreibt Lord Wodehouse aus Kopenhagen, es sei dort die Nachricht vom dänischen Gesandten in Paris eingelaufen, daß der Kaiser der Franzosen in keine Konferenz über die dänischen Angelegenheiten willigen möge, wenn sie nicht von allen Mächten Europa's beschickt werde.

Diese fast unbedingte französische Ablehnung bestätigt Earl Cowley in einem Schreiben aus Paris vom 4. Jan. 1864. Hr. Drouyn de Lhuys erklärte ihm, die Konferenz werde zu keiner Lösung führen und die Zuziehung des Bundestags-Gesandten könnte die Dinge nur mehr verwirren und Oesterreich und Preußen Verlegenheiten verursachen. Earl Cowley bemerkte, viele der gegenwärtigen Schwierigkeiten seien aus der Nichtzuziehung des Bundestages im Jahr 1852 entstanden und die Uebergehung Deutschlands bei einer Entscheidung über deutsche Bundesinteressen würde unbillig sein. Dies gab Hr. Drouyn zu, sagte aber später, die Dinge seien schon zu weit gediehen, um friedlich beigelegt zu werden. Uebrigens werde Frankreich sich nicht ausschließen, falls alle Andern kämen. Paris wolle er nicht zum Sitz der Konferenz haben. Gegen London sei von französischer Seite nichts einzuwenden, obwohl er zweifle, daß der Ort, wo der Vertrag von 1852 unterzeichnet worden, dem Bundestag genehm sein würde.

Am 20. Januar schreibt Sir A. Buchanan: (Auszug.) Ich höre, der König hat dem Fürsten von Augustenburg geschrieben und Sr. Hoheit Vorwürfe gemacht, weil er den Rath mißachtet habe, den ihm Se. Majestät gegeben, als er mit seinem Anspruch auf die Landesherrlichkeit in Holstein hervortrat.

Am 23. Januar schreibt Sir A. Buchanan über eine Unterredung mit Hrn. v. Bismarck über die Folgen eines etwaigen Krieges gegen Dänemark. Hr. v. Bismarck sagte: Wenn der Krieg den bestehenden Vertrag aufhöbe, so könnte ein anderer, mehr vollständiger auf der alten Basis der Integrität der dänischen Monarchie abgeschlossen werden, außer wenn der Krieg durch die Intervention anderer Staaten Verhältnisse annähme, welche Oesterreich und Preußen berechtigen würden, Zugeständnisse zu fordern, die den zu bringenden Opfern entsprechend wären. Ihrer Majestät Regierung — erwiederte Sir A. Buchanan — ist der Ansicht, daß Oesterreich und Preußen, da sie die Frage in die eigene Hand genommen, von Dänemark nichts als die Erfüllung der Versprechungen von 1851—52 verlangen können, während es jetzt scheint, daß sie an Schadloshaltung für Opfer in einem Kriege denken, den Ihrer Majestät Regierung für unnöthig hält.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Dieser Anspruch wäre aber gerecht, sagte Hr. v. Bismarck, wenn Dänemark, Dank fremder Hilfe, seinen Widerstand verlängern könnte. Sir A. Buchanan entgegnete: Ihrer Majestät Regierung gibt nicht zu, daß Oesterreich und Preußen durch Krieg mit Dänemark der Vertragsverbindlichkeiten gegen die andern Mächte Europa's enthoben würden. Hr. v. Bismarck erkennt diesen Satz nicht als richtig an, sagt aber, ohne fremde Hilfe würde Dänemark keinen langen Widerstand leisten.

Amerika.

* **Neu-York**, 24. Febr. (Per „China".) Zwei unterm 18. an den Kriegsminister der Südstaatlichen gesandte Depeschen melden, daß General Sherman an der Spitze von 25- bis 30,000 Unionisten in Quitmon, 100 Meilen nördlich von Mobile, angekommen ist.

Das Dampfschiff „Bohemion" ist bei Portland auf einen Felsen gestoßen und hat sehr schwere Havarien erlitten. Die gesammte Ladung des Schiffes ist verloren gegangen. Die Armee Longstreet's zieht sich von Knoxville zurück in der Richtung von Dalton, um sich mit Johnston bei Ferragut zu vereinigen.

* **Neu-York**, 24. Febr. Der „Richmond Inquir." veröffentlicht Depeschen, welche melden, daß die Unionistenkräfte größtentheils bei Grand-Poas, 35 Meilen von Mobile, zurückgeschlagen worden sind. General Beauregard meldet, daß die Unionisten in Florida vorwärts gegangen, aber daß sie in Loke-City geschlagen worden sind.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 7. März. 18. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß.)

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Paravicini erstatteten Berichts über das ordentliche Budget des großh. Handelsministeriums für 1864/65.

Tit. I. Ministerium.

Bei §. 4 „für Bearbeitung der Landesstatistik 7000 fl.", 1700 fl. mehr als früher, wünscht Abg. Knies nähere Auskunft über die eigentliche Stellung der Behörde, welcher die für die Staatsverwaltung so wichtigen statistischen Arbeiten obliegen.

Geh. Ref. Dietz: Das Bedürfniß nach einer Statistik des Landes veranlaßte im Jahr 1852 das Ministerium des Innern, mit der Bearbeitung einzelner Theile der Landesstatistik zu beginnen; das Handelsministerium setzte später diese Arbeiten fort. Es zeigte sich aber, daß die Bearbeitung einzelner Zweige nicht genüge, daß die Arbeit vielmehr auf alle Theile der Staatsverwaltung, die eine statistische Bearbeitung zulassen, ausgedehnt und einheitlich geleitet werden müsse. Den Mißständen soll durch eine neue Organisation abgeholfen werden; man beabsichtigt, aus Mitgliedern aller Ministerien eine Kommission zu bilden, welche den Plan feststellt, nach dem gearbeitet werden soll. Nebenbei ist die Absicht, eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Statistik zu fertigen, um so eine Uebersicht über alle Verhältnisse des Landes zu gewinnen. Diese Arbeit wird nur von Zeit zu Zeit nothwendig sein; sie wird nächstens in Angriff genommen werden.

Die Verhandlungen über die Organisation des statistischen Bureau's sind übrigens noch im Laufe und ein definitiver Beschluß ist noch nicht gefaßt.

Abg. Kusel: Die vom Abg. Knies angeregte Frage ist auch in der Budgetkommission besprochen worden, namentlich auch, warum die allgemeine statistische Arbeit gerade dem Handelsministerium, und ob sie nicht besser dem Ministerium des Innern zugetheilt werde. Es sei jedoch die Antwort gegeben worden, daß diese Frage noch nicht zum Abschluß gekommen sei.

Abg. Knies dankt für die Auskunft und weist auf die große Bedeutung der statistischen Behörde hin. Die Arbeiten derselben müssen, um fruchtbar zu sein, in dem Sinn gemacht werden, daß sie wirklich einen Aufschluß über die verschiedenen Gegenstände der Verwaltung geben; es soll damit eine Kritik der ganzen Staatsregierung und Verwaltung geübt werden. Diese Behörde sollte daher mehr oder minder eine unabhängige Stellung haben, unmittelbar unter dem Staatsministerium.

Abg. v. Roggenbach: Da diese Position zu einer Zeit in das Budget aufgenommen wurde, als er selbst mit der Leitung des Handelsministeriums betraut gewesen, wolle er dem Hause Aufschluß geben über seine Auffassung dieser Frage, der man bisher nicht die ganze Bedeutung beilegte, die sie in einem geordneten Staate gewiß verdient.

Ein richtig gesichtetes und durchsichtiges Material, auf genaue Kenntniß der realen Verhältnisse basirt, jederzeit zur Hand zu haben, ist Bedürfniß nicht allein für die Staatsverwaltung, sondern für Alle. Die bisherige mehr aphoristische Art der Bearbeitung, wobei ein oder der andere Gegenstand, je nach der Zufälligkeit eines gesetzgeberischen Bedürfnisses, herausgegriffen wurde, ist nicht mehr ausreichend; wir stehen gegen andere Länder zurück.

Das einzige Mittel ist eine korrekte Stellung des statistischen Bureau's, das, wie in anderen Staaten, unter dem Staatsministerium stehen soll, eine organische selbständige fortlaufende Thätigkeit desselben.

Berichterstatter Paravicini: Die Kommission glaubte die Frage über die Organisation des statistischen Bureau's der Regierung anheim geben zu sollen.

Es wird hierauf der Kommissionsantrag, die unter Tit. I für jedes der beiden Jahre verlangte Summe von 34,825 fl. zu genehmigen, angenommen.

Tit. II. Für Beförderung der Gewerbe.

Der Posten von 300 fl. „Belohnung der Gutachten über Patentgesuche" gibt dem Abg. Moll Veranlassung zu der Anfrage, ob Hoffnung auf Zustandekommen einer allgemeinen deutschen Patentgesetzgebung vorhanden.

Geh. Referendär Dietz: Die Frage schwebt am Bund. Es erheben sich in der neuern Zeit wissenschaftliche Bedenken über die Zulässigkeit des Patentschutzes, deren Austrag wünschenswerth ist.

Abg. Moll: Dringender als die Patentfrage sei ihm der Musterschutz.

Staatsrath Mathy: Hieher gehöre diese übrigens wichtige Frage nicht. Die Patentgesetzgebung betreffend, stehen sich bekanntlich zwei Ansichten gegenüber, die für Ertheilung eines solchen Schutzes, und die, welche einen Schutz für überflüssig, ja schädlich hält. Er selbst würde sich zu der letztern Ansicht neigen; allein so lange dieselbe nicht allgemein in Europa gelte, würde der deutsche Erfinder, wenn man hier die Erfindung nicht mehr patentire, nur in's Ausland getrieben.

§. 2. Beförderung der Uhrmacherei auf dem Schwarzwalde, 1864: 3000 fl., 1865: 2000 fl. Es ist die Absicht großh. Regierung, auch künftig nach Aufhebung der Uhrmacherschule in Furtwangen unbemittelte talentvolle junge Leute des Schwarzwaldes, welche die feinere Uhrmacherei erlernen wollen, durch Bezahlung des Lehrgeldes aus dieser Position zu unterstützen.

Zu §. 3. „Für die Landes-Gewerbehalle 1864: 6000 fl.; 1865: 7000 fl.", bemerkt der Bericht:

„Die nach vorhergehendem Paragraphen weniger als früher angeforderten Beträge sollen nunmehr in dieser Richtung zur Verwendung kommen, und geben die Erläuterungen großh. Regierung über den Zweck der Errichtung einer Landes-Gewerbehalle und der Art der Ausführung ausführliche Auskunft.

Die Kommission weiß denselben auch nichts beizufügen, als daß eine derartige Einrichtung bei richtiger und zweckmäßiger Leitung nur vom besten Erfolge für die Gewerbe sein kann, wie sich dies in dem benachbarten Württemberg bewährt haben soll.

Es wird daher hauptsächlich darauf ankommen, daß die in andern Ländern hierüber gemachten Erfahrungen sorgfältig benützt werden.

Die Begründung hebt besonders hervor, daß diese Einrichung möglichst allen Landestheilen zugänglich gemacht werden soll, hiebei wird der Schwarzwald der Eigenthümlichkeit seiner Industrie wegen wohl eine besondere Berücksichtigung erwarten dürfen, da ein großer Theil dieser Industrie in den einzelnen zerstreut umherliegenden Häusern ausgeübt wird, und daher ein Musterlager in einer fernen großen Stadt für diese Arbeiter weniger zugänglich und dadurch auch weniger nutzbringend sein wird.

Ein geeignetes Lokal ist in dem Staatsgebäude vorhanden, in welchem früher die Zentralstelle für die Landwirthschaft untergebracht war. Es werden allerdings noch einige bauliche Herstellungen nöthig sein, wozu die Anforderungen im außerordentlichen Budget erscheinen werden.

Wie die Erläuterungen nachweisen, sind auch die erforderlichen Mittel zur ersten Einrichtung durch früher gemachte Ersparnisse verfügbar.

Da die Stände von dieser Ersparniß durch vorliegende Veranlassung erstmals Kenntniß erhalten, glaubte die Kommission sich über den Ursprung derselben nähern Aufschluß erbitten zu müssen, der ihr auch in nachstehender Weise ertheilt wurde:

„Seitdem für die Beförderung der Uhrenmacherei, Strohflechterei, der Fabrikation gröberer Holzwaaren, der Bürstenfabrikation und der Bildschnitzerei Dotationen bewilligt sind, wurden die Erübrigungen des einen Jahres zurückgelegt, um einen in folgenden Jahren etwa vorkommenden größern Aufwand zu bestreiten.

Erübrigungen haben sich namentlich dadurch gebildet, daß die Dotation der Uhrenmacherschule schon für 1849 bewilligt wurde, während die Anstalt selbst erst im Jahr 1850 eröffnet werden konnte, auch daß die Lehrerstelle für Taschenuhrenmacherei längere Zeit unbesetzt war.

Der bei der Versorgungsanstalt hinterlegte Reservefond ist unter Zuschlag der Zinse und Zinseszinse bis letzten Dezember 1863 auf 12,811 fl. 3 kr. angewachsen."

Obgleich dieser Reservefond als eine erfreuliche Hilfsquelle für die Einrichtung der Landes-Gewerbehalle anerkannt werden muß, so kann die Kommission dennoch nicht unerwähnt lassen, daß derselbe ohne Zustimmung der Stände gebildet wurde.

Wenn die Kommission auch annehmen muß, daß dadurch die betheiligten Gewerbe in keiner Weise der erforderlichen Unterstützung entbehrten, so glaubt sie nichtsdestoweniger der hohen Kammer eine Verwahrung dahin gehend vorschlagen zu sollen, daß in Zukunft keine derartige Reservefonds ohne alle ständische Mitwirkung gegründet werden."

Es entspinnt sich hierüber, namentlich über die von der Kommission beantragte Verwahrung, eine längere Diskussion, an welcher sich die Abgg. Gerwig, Bär, Knies, v. Roggenbach, Kirsner, Moll, Kusel, sowie die HH. Regierungskommissäre betheiligen; ein Antrag, diesen Gegenstand zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückzuweisen, wird abgelehnt; ebenso die vom Abg. Kirsner beantragte erweiterte Formulirung der Verwahrung, die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll aussprechen, daß aus Ersparnissen bei Dotationen keine Reservefonds gebildet werden, sondern Ueberschüsse wieder in die Staatskasse zurückfließen. Der Kommissionsantrag wird dagegen angenommen.

Die unter Tit. II für jedes der beiden Jahre geforderte Summe von 15,400 fl. wird schließlich genehmigt.

Tit. III. Landwirthschaft. Der Kommissionsbericht bemerkt hierüber: „Die Budgetvorlage für Landwirthschaft hat in Folge allerhöchster Entschließung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs aus großh. Staatsministerium vom 26. Juni 1863, Nr. 562, eine vollständige Umänderung erfahren, indem die Vorlage eines detaillirten Budgets angeordnet, und dadurch dem mehrmals geäußerten Wunsche der hohen Kammer entsprochen wurde.

Diese Vorlage darf um so freudiger begrüßt werden, als damit alle Zweifel beseitigt sind, welche die Verhandlungen des Zentralausschusses des landwirthsch. Vereins entstehen ließen, ob dieser oder die Stände über die Verwendung der Dotation für Landwirthschaft zu bestimmen hätten.

Durch oben angeführte allerhöchste Entschließung wurde weiter angeordnet, daß die Centralstelle für die Landwirthschaft als solche eine Abtheilung des großh. Handelsministeriums bilden, und somit in engere Geschäftsbeziehungen zu diesem Ministerium treten soll. Ferner, daß in Zukunft der landwirthschaftliche Verein für die Leitung seiner Angelegenheiten sich ein eigenes selbständiges Organ zu schaffen habe.

Mit dem in dem Gesetze der neuen Verwaltungsorganisation durchgeführten Grundsatze der Selbstverwaltung ließ es sich nicht wohl vereinen, daß eine Anzahl freiwilliger Vereine durch eine reine Staatsbehörde geleitet werde.

Diese Aenderung hat hie und da Befürchtungen hervorgerufen, als ob dadurch der Bestand des landwirthschaftlichen Vereins gefährdet sei. Ihre Kommission vermag diese Befürchtung nicht zu theilen, da sie die Hauptthätigkeit und Wirksamkeit des landwirthschaftlichen Vereins nicht in seiner Spitze, als vielmehr in dem unmittelbaren Wirkungskreise der landwirthschaftlichen Bezirksvereine zu erkennen glaubt.

Es wird wohl angenommen werden dürfen, daß die Mitglieder der landwirthschaftlichen Bezirksvereine, welche bis jetzt thätigen und lebhaften Antheil an den Vereinsangelegenheiten genommen haben, in Zukunft jedenfalls nicht weniger Eifer bezeigen werden.

Es sollen aber die Bezirksvereine und die Gauverbände in ihrem bisherigen Bestande verbleiben, sowie der von letzteren gewählte Ausschuß. Die Gauausschüsse wählen den Präsidenten, und dessen Stellvertreter wird vom Zentralausschuß gewählt. Diesen ist die allgemeine Leitung des landwirthschaftlichen Vereins übertragen, und es hängt allerdings viel davon ab, daß die richtigen Persönlichkeiten ausersehen werden.

Diese Aenderung wird wohl auch den Vortheil im Gefolge haben, das die den einzelnen Vereinen zufließenden Zuschüsse nicht mehr als besondere Begünstigung der Staatsbehörde anzusehen sind.

Diese Aenderung hat aber auch nicht den Zweck, daß die Staatsbehörde sich der Aufgabe entziehen wollte, ferner die Bewegungen und Fortschritte auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu überwachen; die vermehrten Anforderungen der neuen Budgetvorlage deuten vielmehr darauf hin, daß sie gerade diesem Zweige der Volkswirthschaft eine ausgedehntere thatkräftigere Aufmerksamkeit zu widmen gesonnen ist.

Aus den Berichten über die Rechnungsnachweisungen der beiden vorhergehenden Budgetperioden ist zu ersehen, daß aus der Dotation für Landwirthschaft auch ein Reservefonds gebildet wurde; man hat sich deßhalb hierüber nähere Auskunft erbeten, die uns in Folgendem gegeben wurde:

Der Reservefonds der großh. Zentralstelle für Landwirthschaft betrug am 31. Dezember 1863 im Ganzen 6519 fl. 59 kr. und sind hiervon 4510 fl. bei der Versorgungsanstalt niedergelegt.

In dieser Summe sind 2083 fl. 48 kr. enthalten, welche früher durch freiwillige Beiträge gesammelt wurden, und welche nach Erlaß großh. Ministeriums des Innern vom 1. Jui 1855, Nr. 7051, nur zur Errichtung von Ackerbauschulen und zur Anschaffung von Saatfrüchten verwendet werden dürfen.

Dagegen kann der Rest von 4436 fl. 11 kr. unbeschränkt zur Förderung landwirthschaftlicher Zwecke verwendet werden.

Hinsichtlich dieses Reservefonds glaubt die Kommission vorschlagen zu sollen, es möchte derselbe noch zurückgehalten werden, bis die neu einzuführenden Anstalten eine genauere Uebersicht gewähren, wohin derselbe am zweckmäßigsten verwendet werden kann."

§. 7. Für Gemarkungs- und Güterbereinigung. 4000 fl. In dieser Richtung ist, wie der Kommissionsbericht ausführt, ein weites segensreiches Feld für Verbesserung der landwirthschaftlichen Zustände unseres Landes eröffnet, auf dem bis jetzt so gut wie gar nichts geschehen ist.

§. 8. Unterstützung des landwirthschaftlichen Vereins. 10,000 fl.

§. 10. Für die Ertheilung landwirthschaftlichen Unterrichts in Winterkursen und durch Wanderlehrer. 5000 fl.

Sämmtliche Posten werden nach kurzer Diskussion genehmigt.

Schließlich werden die Gesammtausgaben für

1) Landwirthschaft für jedes der beiden Jahre 54,780 fl.

2) Landesgestüt 1864: 84,450 fl., 1865: 92,559 fl.

3) Hufbeschlag-Schule je 800 fl. nach dem Kommissionsantrage genehmigt und die Fortsetzung der Verhandlung auf die nächste Sitzung verschoben.

Schluß der Sitzung nach 2 Uhr.

†† Karlsruhe, 8. März. 19. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Donnerstag den 10. März, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Handelsministeriums für 1864 und 1865. 3) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des großh. Finanzministeriums — Tit. VI. Zollverwaltung — erstattet von dem Abg. Lenz.

Vermischte Nachrichten.

— Mainz, 5. März. (Fr. J.) Warburg wurde gestern zur Verbüßung der wegen der Ansprache und Verläumdung des Bischofs Ketteler erkannten Strafe in das Korrektionshaus abgeführt.

— Weimar, 4. März. Präsident Rathgen, welcher sich im Dezember mit Genehmigung der großh. Regierung nach Holstein begeben hatte, um dem sächsischen Zivilkommissär durch seine genaue Kenntniß der Landesverhältnisse hilfreich zur Seite zu stehen, ist von dort hieher zurückgekehrt.

— Der „Köln. Ztg." schreibt man: Die Schüsse der preußischen Batterien auf die dänischen Panzerschiffe scheinen größere Wirkungen hervorgebracht zu haben, als man Anfangs annahm. „Rolf Krake" soll stark beschädigt sein und nach Aussage von Deserteuren und Gefangenen insofern ganz fehlerhaft konstruirt sein, als der Kugelschlag zwar auf die Panzerplatten nur wenig, dafür aber um so nachtheiliger auf die Eisenrippen des Rumpfes wirkt. Ein Fachmann verglich diese Wirkung mit jener einer Flintenkugel, die zwar den Küraß nicht durchlöchert, aber dagegen durch den Stoß, der auf diesen ausgeübt wird, dem Reiter das Schlüsselbein zerschmettert.

— Nach den aus Rendsburg eingegangenen Meldungen wurden dort bis zum 29. v. M. 12 Offiziere, 52 Unteroffiziere, 1246 Gemeine an dänischen Gefangenen eingeliefert und nach den Festungen weiter befördert, während eine gleiche Zahl Gefangener sogleich in die Heimath entlassen wurde, nachdem die Betreffenden sich legitimirt hatten, daß sie deutscher Nationalität seien.

— Flensburg, 4. März. (N. Pr. Ztg.) Unter den vielen fremdherrlichen Offizieren befinden sich seit 3 Tagen zwei Gäste, welche man wahrlich am letzten erwartet hätte, nämlich der japanesische Marineleutnant 1. Klasse, Enomotto Kamadiro, und der Leutnant zur See 2. Kl., Fiune Taki. Beide halten sich auf Befehl ihrer Regierung im Haag auf, um daselbst 4 Jahre lang den europäischen Schiffsbau zu studiren und sodann einen Dampfer zu kaufen. Diese Herren sind liebenswürdige Gesellen, mit denen man sich, auch ohne die Hilfe ihrer beiden holländischen Reisegefährten, ganz gut in der Sprache Albions verständigen kann. Sie wissen sich fein und ganz europäisch zu benehmen.

Der Militärattaché der französischen Gesandtschaft in Berlin, Graf v. Clermont-Tonnerre, welcher seit einigen Tagen sich im Hauptquartier befindet, um den kriegerischen Operationen bei den Düppeler Schanzen als Augenzeuge beizuwohnen, ist hier in der freundlichsten und rücksichtsvollsten Weise aufgenommen worden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

7. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,37'''	+ 7,5	S.W.	schw. bew.	Sonnenbl., kühl
Mittags 2 „	„ 7,77'''	+12,5	„	stark „	Sbl., wdg., Rgtr.
Nachts 9 „	„ 6,30'''	+ 9,0	„	ganz „	trüb, Regentropf.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 10. März. 1. Quartal. 36. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: **Der Richter von Zalamea;** Schauspiel in 5 Akten, von Calderon; übersetzt von Dr. Gries; für die Bühne eingerichtet, mit Benützung der Immermann'schen Bearbeitung, von Ed. Devrient.

Z.f.538. Freiburg. Tiefbetrübt widmen wir unsern Verwandten und Bekannten die Trauerkunde, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern geliebten

Jakob Friedrich Hieber

heute, den 6. März, Abends 6 Uhr, nach längern schweren Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen.

Freiburg i. B., den 6. März 1864.

Die tiefgebeugte Familie.

Z.f.539. Engen. Auswärtigen Freunden und Bekannten widmen wir mit der Bitte um stille Theilnahme die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, gestern Abends unsern Gatten und Vater, Karl Hug, fürstlich fürstenbergischen Revierförster, in ein besseres Jenseits abzurufen.

Engen, den 6. März 1864.

Die Hinterbliebenen.

III. Verzeichniß

der bei den Unterzeichneten eingelaufenen Gaben an Geld, Charpie, Leinen und Cigarren für die Verwundeten der Armee für Schleswig-Holstein.

An Geld: Hr. Gustav Matter 15 fl. Baron Enzberg 20 fl. Exc. von Rüdt in Heidelberg 25 fl. Sch. f. C. in Käferthal 10 fl. F. W. B. 10 fl. Frau Anna Artaria in Heidelberg 10 fl. Hr. Gabr. Wachenheim 3 fl. 30 kr. Grf. Erbach-Fürstenau in Fürstenau 50 fl. Hr. Dr. Friedmann, Stadtrabbiner, 5 fl. 24 kr. L. F. 2 fl. C. G. 10 fl. Hr. Reinhardt, Weimar 5 fl. Hr. Julius Berge 5 fl. Kl. in Ludwigshafen 2 fl. R. daselbst 3 fl. Bei der Expedition des Mannheimer Journals: J. Ph. K. 2 fl. Bei der Expedition des Mannheimer Anzeigers J. E. 25 fl. Summa 202 fl. 54 kr. Transport vom 2. Verzeichniß: 2206 fl. 46 kr. Mithin im Ganzen 2409 fl. 40 kr.

Berichtigung: Im 2. Verzeichniß soll es heißen: so wie durch die Bemühungen des Hrn. Pfarrers Unser von Neckarau, ferner: Gaber statt Graber, und P. Schneider statt D. Schneider.

An Charpie und Leinen: 41 Päcke Charpie, Leinwand, Binden, Hemden u. Strümpfe Ungenannt, S. L., Ungenannt, W. H., Fr. A., Industrielehrerin K. und ihren Schülerinnen, Frau St. Hr. H. in Ludwigshafen, Hr. G., Lehrerin G. und ihren Schülerinnen, Frau A., geb. Th., Lehrer B., Lehrer S., Frau R., Frau H., Musikus H., Frau H., Frau B., Frau H., Frau R., Frau R., Fräulein M., Frau A. T. in Schwetzingen, Frau S., Frau K. in Ludwigshafen, Frau R. in Ludwigshafen, Frau St., Ungenannt von Schwetzingen, Güteraufseher H., Direktor J. in Ludwigshafen, Frau G., Frau O., J. B., Ungenannt, F. L., Ungenannt, Hr. Pf., Frau S., G., Gebr. C., Ungenannt, D. v. Gengenbach.

Indem wir für diese vielen, bei uns eingelaufenen Gaben verbindlichst danken, beehren wir uns zugleich Nachfolgendes hinsichtlich der Verwendung der Gelder mitzutheilen: Wir werden nämlich alsogleich nach Schluß unserer Sammlungen von den betreffenden Kriegsministerien Listen von Invaliden verlangen, in denen nebst Angabe des Namens und Regiments auch angeführt sein wird, **wie** der Betreffende verstümmelt ist, und darnach dann die Betheiligung mit Geld bestimmen, in Summen von je 30 oder 60 Vereinsthaler in Silber. Es würde mithin z. B. ein Invalide, der das Augenlicht verlor, oder der durch Wunden erwerbsunfähig ist, mit 60 Vereinsthaler betheilt werden, dagegen ein Anderer, der minder empfindlich verstümmelt ist, mit 30 Vereinsthaler. Sollte ein Unglücklicher da sein, dem beide Füße oder Arme amputirt sind, so würden wir uns auch bestimmen lassen, einem Solchen 100 Vereinsth. zuzuweisen. Ueberdies beabsichtigen wir auch eine Anzahl von Wittwen und Waisen mit ähnlichen Summen zu unterstützen.

Dabei bemerken wir, daß diese Gelder den Betreffenden erst dann verabfolgt werden, wenn sie in ihrer Heimath angelangt sind, indem sie dann — neben dem Invalidengehalte — im Stande sein können, die Existenz eines solchen Unglücklichen zu sichern, sei es durch Anschaffung von Handwerkszeug oder Erwerbung eines Grundstückes u. dgl.

Eine solche Art der Vertheilung der uns anvertrauten Gelder dürfte gewiß den Absichten der edlen Geber am meisten entsprechen, da die Hilfe eine nachhaltige ist.

Um nun möglichst Viele unserer heldenmüthigen Krieger oder Wittwen und Waisen Gefallener mit den erwähnten Summen betheilen zu können, bitten wir, noch recht viele weitere Beiträge an einen der Unterzeichneten gelangen zu lassen *).

Der s. Z. erfolgende Rechenschaftsbericht wird genau nachweisen, welche Invaliden-Wittwen oder Waisen und mit welcher Summe selbe betheilt wurden.

Da uns von offizieller Seite die Mittheilung gemacht wurde, daß Charpie, Leinen und dergl. nun in vollkommen genügender Anzahl in den Spitälern vorhanden ist, so erscheinen weitere Sendungen davon nicht mehr nothwendig.

Das 4. Verzeichniß der bei uns eingelaufenen Gelder erscheint an Ostern.

Mannheim, den 5. März 1864.

Phil. Artaria. Ludw. Alex. Bassermann. Fried. Graf Berlichingen. El. Eller. Theod. Gärtner. Seb. Jörger. Dr. Ladenburg. Friedr. Löwenhaupt. Rud. L. Mayer. Ferd. Mays. Dr. Nieser. Ant. Pfeffer. Melch. Rickert. Ad. Röder. Geh. Rath Frhr. von Wöllwarth. Aug. Wunder. Z.f.522.

*) Die Expedition des „Mannheimer Journals", sowie die des „Anzeigers" erklären sich ebenfalls zur Entgegennahme von Beiträgen bereit.

Z.f.408. Eine 11jährige Fuchsstute, englischer Race, gesund und knochenrein, ein- und zweispännig eingefahren, ist billig zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Z.f.531. In der **C. F. Winter**'schen Verlagshandlung in **Leipzig** und **Heidelberg** ist so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in ***Karlsruhe*** vorräthig in der ***G. Braun'schen Hofbuchhandlung:***

Horatiana.

Dem Herrn Dr. **Anton Baumstark,** Professor Ordinarius Publicus an der altehrwürdigen Hochschule zu Freiburg im Breisgau, gewidmet von

Felix Sebastian Feldbausch.

Beilage zu den Jahrbüchern für Philologie und Pädagogik, 1861, viertes Heft, erste Abtheilung, für wissenschaftliche Recensionen.

gr. 8. geh. 24 kr.

Z.f.482. Bockenheim bei Frankfurt a. M.

Neu und spottbillig.

Die Leipziger Völkerschlacht. Ein Prachtgemälde für deutsche Patrioten. Perspektivische Ansicht des Schlachtfeldes mit genauer Bezeichnung der Hauptlager 2c. 2c. **Nebst 20 Ansichten der merkwürdigsten Denkmale und Begräbnißstätten,** m. erklärend. Text, größtes Imperial-Folio **zu nur 54 kr. Naturgeschichte der Säugethiere und Vögel in Bildern,** 71 prachtvoll kolorirte Abbildungen m. beigedr. Text, größtes Imperial-Folio **zu nur 54 kr. Gallerie der niederländ., holländ. u. flämischen Malerschulen,** enth. d. Meisterwerke v. **Wouverman und Andern,** m. prachtvollen Abbild. 3 Thle. in gr. 4. **zu nur 1 fl. 45 kr. Die heilige Geschichte,** von d. Erschaffung der Welt bis auf die Zerstörung Jerusalems, **m. viel. Stahlst.** gr. 8. **zu nur 36 kr. Diese 4 Werke zusammengenommen zu nur 3 fl. 30 kr.**

Gegen Franko-Baar-Bestellung oder Postvorschuß zu haben bei

Joseph Strauß
in Bockenheim bei Frankfurt a. M.

Z.f.470. Hamburg.

Am 30sten dieses Monats

beginnt die Ziehung der

allerneuesten grossen Geld-verloosung

von 2 Millionen 121,300 Mark,

in welcher **nur Gewinne** gezogen werden, **garantirt von der freien Stadt Hamburg.**

Ein Original Staats-Loos kostet **2** Pr. Thlr.
Ein halbes „ „ „ „ **1** „ „
Zwei Viertel „ „ „ „ **1** „ „
Vier Achtel „ „ „ „ **1** „ „

Unter **17,300** Gewinnen befinden sich Haupttreffer von **200,000** Mark, **100,000** Mark, **50,000** Mark, **30,000** Mark, **20,000** Mark, **15,000** Mark, **7** mal **10,000** Mark, **8000** Mark, **6000** Mark, **2** mal **5000** Mark, **3** mal **4000** Mark, **13** mal **3000** Mark, **53** mal **2000** Mark, **6** mal **1500** Mark, **6** mal **1200** Mark, **106** mal **1000** Mark, **106** mal **500** Mark, **6** mal **300** Mark, **106** mal **200** Mark etc. etc.

Meine durch **fortwährende Gewinn-Auszahlungen der grössten Treffer** hinlänglich bekannte Geschäfts-Devise bleibt unverändert und stets bewährt.

Auswärtige Aufträge mit Rimessen in allen Sorten Papiergeld oder Freimarken, oder gegen Postvorschuss, führe ich selbst nach den **entferntesten** Gegenden **prompt** und **verschwiegen** aus, und sende **amtliche Ziehungslisten** und **Gewinngelder** sofort nach der Entscheidung zu.

Laz. Sams. Cohn,
Banquier in Hamburg.

Z.f.540. Karlsruhe. Wir empfehlen hiermit unser Lager von

Grassamen zu Wiesenanlagen

von der letztjährigen Ernte in ausgezeichneter Qualität, sowohl in einzelnen reinen Sorten, als auch in Mischungen für verschiedene Bodenarten. — Alle Sorten

Kleesamen, Esparsette, Wicken u. a. Sämereien.

Bollikofer & Schollenberger
in Karlsruhe.

Z.f.523. Karlsruhe.

PIANINO, ein neues, von massivem Acajou mit 82 Noten, sehr solid gearbeitet (Garantie), ist zu verkaufen. Preis netto 260 fl. Dieses Instrument kann man hören den 9. und 10. März, von 9 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, im **Gasthaus zur Stadt Pforzheim.**

Z.f.533. Eßlingen.

Gießmeister.

In der Maschinenfabrik Eßlingen ist die Stelle des Gießmeisters der Eisen- und Messinggießerei zu besetzen.

Darauf Reflektirende wollen sich wegen näherer Auskunft unmittelbar an die Direktion wenden.

Z.f.526. Rastatt.

Pferdeverkauf.

Philipp Vogel hat zwei fromme, eingefahrene, fehlerfreie, 4 und 5 Jahre alte, 14 Fäuste hohe Rappstuten zu verkaufen.

Z.c.617. Berlin.

R. F. Daubitz'scher Kräuter-Liqueur,

(erfunden und nur allein bereitet von dem approb. Apotheker I. Kl. R. F. Daubitz in Berlin)

als bewährtes Getränk bei schwacher Verdauung, Verschleimung, Hämorrhoidal-Beschwerden u. s. w. von medizinischen Autoritäten empfohlen und durch Tausende von Attesten allseitig anerkannt,

ist nur allein ächt zu haben bei dem Erfinder desselben, und in der autorisirten Niederlage in **Karlsruhe** bei **J. Küst**, Langestraße Nr. 44, und bei **Ferd. Schneider**, Amalienstraße Nr. 29, sowie in allen Städten des Großherzogthums.

Resultate und Beweise.

Nachdem ich seit Jahr und Tag an quälendem Husten, bald trocken, bald mit Auswurf, und oft mit Brststichen und beängstigenden Athmungsbeschwerden verbunden, gelitten, dabei den Appetit schon fast ganz verloren hatte und aller ärztlichen Behandlung, sowie dem Gebrauche von mancherlei Hausmitteln zum Trotze mehr und mehr von Kräften gekommen war, und nur selten noch mich durch einen ruhigen, ungestörten Schlaf ein wenig stärken und erquicken konnte — **bin ich durch den jetzt dreimonatlichen, regelmäßigen Fortgebrauch des Daubitz'schen Kräuter-Liqueurs, zu meiner unaussprechlichen Freude, gegenwärtig soweit von meinen Leiden befreit,** daß ich wieder mit Appetit esse, regelmäßig gut schlafe, das Athemholen schon viel freier vor sich geht, der Kopfschmerz nur noch dann und wann eintritt, daß ich tägliche Spaziergänge machen kann, ohne mich sonderlich angegriffen zu fühlen; mit einem Worte, mich wie neu geschaffen fühle. — Von dem innigsten Danke erfüllt, kann ich es daher nicht unterlassen, ja halte ich es für meine heilige Pflicht, dies hiermit öffentlich zu bezeugen. Berlin, den 23. Juni 1863. **Paul Oppermann,** Kaufmann, Alexandrinenstr. 107.

Z.c.974. Nr. 727. Schopfheim.

Liegenschafts-Verpachtung.

In Folge Beschlusses des Familienrathes, Waisengerichts und der Obervormundschaftsbehörde werden die Liegenschaften des entmündigten Müllers Johann Georg Weniger von Gersbach, wohnhaft in Tegernau, bis

Dienstag den 5. April d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

auf dem Rathhause in Tergernau einer nochmaligen Verpachtung auf mehrere Jahre ausgesetzt.

Sollte die Verpachtung kein günstiges Resultat ergeben, worüber sogleich entschieden wird, so findet am nämlichen Tage Nachmittags 2 Uhr der **endgiltige** Verkauf dieser Liegenschaften um das höchste Angebot statt.

Die Liegenschaften sind folgende, als:

1) Eine Behausung mit Mühleeinrichtung und sonstiger Zugehör, Anschl. . . . 6600 fl.
2) ungefähr 3 Viertel Gras- und Baumgarten im Gärtle, neben der Wiese und dem Güterweg 300 fl.
3) ungefähr 8 Morgen Wiesen . . . 3275 fl.
4) ungefähr 7 Morgen Acker . . . . 900 fl.
5) ungefähr 21 Morgen Acker, Wiesen, Berg- und Hurstfeld . . . . . 1965 fl.
6) ungefähr 14 Morgen Wald . . . 700 fl.

Der Anrufspreis für diese Realitäten sind die bereits gebotenen . . . . . **16,000 fl.**

Die näheren Bedingungen können bei Notar Fuchs in Wiesleth und dem Bürgermeisteramt in Tegernau eingesehen werden.

Schopfheim, 4. März 1864.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Gmelin.

Z.f.528. Emmendingen. (Holzversteigerung.) Bis Dienstag den 15. März d. J. versteigern wir in der

Forstdomäne Hornwald bei Sexau

2 Klftr. eichenes Scheitholz, 10 Klftr. gemischtes Prügelholz und 6800 Stück gemischte Wellen.

Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlag, unweit der Hornspitze.

Emmendingen, den 5. März 1864.

Groß. bad. Bezirksforstei.
Fischer.

Z.c.996. Nr. 3716. Bruchsal. (Fahndung.) Am 2. März d. J., Vormittags, wurde der ledige Dedmund Bauer von Oberöwisheim in dem etwa 1/4 Stunde von dem Orte Zeuthern entfernten Walde, s. g. Himmelreich, von einem ihm unbekannten Handwerksburschen in der Absicht angefallen, ihn zu berauben. Der Thäter soll etwa 36 — 40 Jahre alt, 5' 9" groß sein, mit schwarzen Haaren und einem starken schwarzen Vollbart, er sei mit einem grauen Rock und einer grauen Schildkappe bekleidet gewesen, und habe ihn D. Bauer dadurch kennzeichnet, daß er ihm mit seinem Taschenmesser an der linken Wange heruntergefahren sei und solche aufgerissen hätte, die Schnittwunde möge bis auf den Knochen gedrungen sein. Wir bitten um Fahndung und im Fall der Ermittlung des Thäters um dessen Einlieferung.

Bruchsal, den 5. März 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütt.

Z.f.536. Basel. (Fahndung und Verhaftbefehl.) Senn, Daniel, von Basel, gewesener Kriegskommissär, welcher vom Kriminalgericht des Kantons Baselstadt wegen Unterschlagung öffentlicher Gelder zu 6 Jahren Kettenstrafe verurtheilt worden ist, ist letzte Nacht aus dem Kantonalgefängniß entwichen.

Sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden werden ersucht, auf diesen Verbrecher sorgfältig fahnden zu lassen, ihn im Betretungsfalle verhaften und sofort Anzeige hieher machen zu wollen, worauf ohne Verzug das gesetzlich und vertragsgemäß vorgeschriebene Auslieferungsverfahren durch den diplomatischen Weg eingeleitet werden wird.

Auf Verhaftung des Senn ist eine Präme von 200 Fr. gesetzt.

Basel, den 7. März 1864.

Kommando des Polizei-Corps:
Krapf, Major.

Signalement:

Alter, 46 Jahre.
Größe, unter mittlerer.
Statur, besetzt.
Haare und Augenbrauen, schwarz.
Bart, starker schwarzer Schnurrbart, den er wahrscheinlich rasirt haben wird, starke Bartspuren.
Augen, dunkelbraun.
Nase, stark.
Blick, scharf.
Kleidung, elegant.
Besondere Zeichen: die linke Seite des Körpers ist etwas eingebogen und wird dies beim Gehen durch Schucken sehr bemerkbar.
Der Entflohene spricht rauh Schweizerisch und Französisch.

Obige Fahndung wird andurch zur Kenntniß der Polizeibehörden gebracht.

Karlsruhe, den 8. März 1864.

Großh. bad. Stadtamt.
Flad.

Z.g.1. Nr. 4862. Heidelberg. (Bekanntmachung.) Unser Ausschreiben in der Beilage Nr. 52 d. Bl. bezüglich des Handwerksburschen F. C. Naumann von Frankenberg nehmen wir zurück und bemerken weiter: Das Bild in Emaille auf der Rückseite der Uhr stellt eine Mutter mit ihrem Kinde dar. Wir bitten, die Fahndung auf die Uhr und den unbekannten Thäter fortzusetzen.

Heidelberg, den 2. März 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
v. Litschgi.

Frankfurt, 7. März 1864.

		Per compt.			Per compt.
	Staatspapiere.				
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.-Hess.	5% Obligation.	101¾ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	4% dto.	99¾ P.
„	5% do. 1852 in Lst.	77⅜ P.	„	3½% dto.	— —
„	5% do. 1859 „ „	77 P.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101⅞ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	— —	„	4½% dto.	101¾ P
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	78½ P.	„	4% dto.	99 P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	63⅞ b.	„	3½% dto.	91⅓ G.
„	5% Met.-Obligat.	57 G.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	91½ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	— —	Erbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. C.	90¼ G.
„	4½% Met.-Oblig.	50½ P.	Frankf.	3½% Obligation.	97¾ G.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	104 G.	„	3% dto.	91½ P.
„	4½% do.	99½ G.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	86⅝ P.
„	4% do.	94⅞ P.	Finnl.	4½% Obl. i. R. à 105	85 P.
„	3½% Staatssch.	88¾ G.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig.	101¼ P.	„	2% Schuld	45⅝ P.
„	4½% ½jährig.	102 G.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	99⅝ b.
„	4% 1jährig	99¼ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28.	— —
„	4% ½jährig	99⅝ P.	Schwd.	4½% Obligation.	95⅜ P.
„	4% Ablös.-Rente	99¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	95⅝ P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	105½ P.	„	4½% Bern. St.-O.	101¾ G
„	4% dto.	102⅝ G.	„	4% dto.	— —
„	3½% dto.	95¼ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	97⅝ P.
Baden	4% Obligation.	99⅞ P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
„	3½% dto. v. 1842	92⅞ G.	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.	
Oest. 250 fl. b. R 1839	115½ P.
„ 250 „ „ 1854	72¼ P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	128 G.
„ 500 „ v. 1860 6/7	75⅞ b.
„ 100 „ „ 1864	92 b.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	112¾ P.
„ 35- „ „	52¾ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	53½ b.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	132¼ G.
„ 25 „ „ „	37 P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	37⅛ P.
Sard. 36 Fr. L. b. B.	60¼ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	33½ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35½ P.
3% Bordeaux 100 Fr.	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¼ G.

Wechsel-Kurse.	
Amsterdam k. S.	99½ G.
Antwerpen „	93⅛ G.
Augsb. 24 fl. 100 „	99⅞ B.
Berlin „	105⅛ B.
Bremen „	96⅝ B.
Brüssel „	93⅛ G.
Cöln „	104⅞ G.
Hamburg „	88½ G.
Leipzig „	105⅞ B.
London „	118⅛ B.
Maild. i. Fr. 200 „	92¾ G.
München „	99⅞ B.
Paris „	93⅜ G.
Wien „	97⅛ B.
Disconto	4% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.			
3% Frankfurter Bank	139 P.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	49¾ G.
5% Oesterr. Bank-Aktien	743 G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	50½ P.
3% „ Cred. A. i. O. W.	173 b. G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	78⅜ P.
4% Bayr. Bank à fl. 500	— —	5% do. neueste Emiss. 6/7	72½ P.
3% Darmst. B.-A. à fl. 250	214 G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	81½ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	86½ P.	4½% Hess. Ludwgsb.-Prior.	100¾ G.
4% Mittelb. Cr.-A. à 100 Th.	92½ G.	4% Oest. Lld. 1. Pr.-O. i. Silb.	78¾ G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% „ „ 2. „ „	— —
Span.-H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	102¾ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	330 P.	4% „ „ „	99 G.
3½% Frankf.-Han. Esnb.-A.	— —	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	97⅝ G.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	— —	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	108½ b.	5% Ital. R. 20% Enz. Fr. à 28	— —
Rhein-Nahe-Bahn	25¾ G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	250½ P.
4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	138¼ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Mar.-Esb.-A. b. R.	103⅛ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	110⅛ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	110⅛ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	151 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	125⅝ G.	4% Frkf. Provident. 10% „	92½ P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.		
Pistolen	fl. 9	39½-40½
Preuß. Frd'or.	„ 9	56 -57
Holl. fl. 10 St.	„ 9	44½-45½
Rand-Ducat.	„ 5	33 -34
20-Frankenst.	„ 9	20 -21
Engl. Sover.	„ 11	44 -48
Gold pr. Zpfd.	„ 8	03 -8
Hh. Silb. p. Zpfd.	„ 52	6 -36
Preuß. Cassch.	„ 1	44⅞-45⅛
Doll. in Gold	„ 2	26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.